

Dill-Beitrag

Zeitung für das Dilltal

Dillenburgener Tageblatt

Amliches Kreisblatt für den Dillkreis

Ausgabe täglich nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: vierteljährlich ohne Bringerlohn M. 3. — Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, die Zeitungsboten und die Land rieftäger, sowie sämtliche Postanstalten.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg

Anzeigenpreise: Die 6 Spaltenige Zeile 20 Pfennig. Reklamenzeile: (3 Spalten) 60 Pfennig. Bei Wiederholungen und bei Abnahme von mehreren Zeilen-Abdrücke, Offertenzeichen oder Auskunft durch die Geschäftsstelle 25 Pf.

Nr. 243

Mittwoch, den 16. Oktober 1918

78. Jahrgang

Wilson's schwerwiegende Antwortnote!

Um die Weideplätze.

Um was führen die Menschen Krieg? Heute wie vor Jahrtausenden um die „Weideplätze“. Nur daß in der Zeit der U-Boote und Handgranaten der Zusammenhang nicht ganz so klar an Tage liegt, wie in grauer Vorzeit, wo ein Barbar dem anderen mit einem Feldstein den Schädel einschlug, um seine Herden auf dessen Weideplätze treiben zu können. Wer selbst dem einfachen Bestand wird folgender Gedankengang ohne weiteres klar sein: Deutschland hatte vor dem Krieg etwa 70 Millionen Einwohner. Sein Gebiet reichte nicht aus, um diese Bevölkerung ausreichend ernähren zu können. Wer wir erzeugten Güter, an denen andere Völker Mangel hatten und die sie gegen das Fett ihrer Schweine, die Haut ihrer Kinder, die Wolle ihrer Schafe einzutauschen stets bereit waren. So hatten die Bewohner unserer Großstädte und Industriezentren, obwohl auf ihrem Wohlstand nicht das kleinste Hälmchen wuchs, doch ihre Weideplätze, die ihnen Nahrung und Kleidung gaben. Und diese Weideplätze will man ihnen nehmen. Nicht nur im übertragene Sinn, durch Abschneidung von den industriellen Rohstoffen, ohne die wir keine Austauschgüter in dem erforderlichen Umfang herstellen können, sondern auch im wörtlichen Sinn, durch Vorenthaltung der im Krieg ohnehin knapper gewordenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse überseeischer Gebiete. Erreichen unsere Feinde dieses von ihnen offen ausgesprochene Ziel, dann können auf dem Gebiet Deutschlands nicht mehr 70 Millionen, sondern nur noch 40 Millionen, ja wahrscheinlich nicht über 30 Millionen Menschen so ernährt werden, wie wir es im Frieden gewöhnt waren. Das ist ein Beispiel, das sich jedermann an der Hand der Friedensstatistik innerhalb weniger Minuten ausrechnen kann. Was folgt daraus für den Fall einer Niederlage? Fragt eure Hausfrauen, ob das Leben schrecklicher Entbehrungen, das uns dann unermesslich bevorsteht, noch etwas Verlockendes hat? Dazu wird es jedoch nicht kommen, solange deutsche Männer noch mit U-Booten und Handgranaten umzugehen wissen. Über diese Dinge und alles andere, was zum erfolgreichen Kriegsführen gehört, kosten Geld. Die deutsche Bevölkerung, auch das ist ein einfaches Rechenexempel, hat dieses Geld. Gibt es nun einen Deutschen, dem diese Zusammenhänge klar sind, und der sich dennoch von der Aufbringung des Geldes ausschließt, obwohl er für dessen Hingabe einen völlig gesicherten Zinsanspruch von jährlich 5 Prozent erwirbt? Unsere deutschen Hausfrauen, die täglich den Kampf um die Ernährung ihrer Lieben führen müssen, sie zum mindesten können für eine solche Drückerberei kein Verständnis haben. Wenn ihre Ernährer noch schwanken sollten, ob sie der Aufforderung zur Zeichnung auf die neue Kriegsanleihe Folge leisten sollen, so müßten sie ihnen sagen, um was es geht: um die Entscheidung darüber, ob wir und unsere Kinder einem sicheren Nahrungsmittelmangel unterliegen oder ob wir unsere alten Weideplätze zurückgewinnen werden. **Ludw. Fischwege.**

Wilson's Antwortnote.

Washington, 14. Okt. (W.B.) Reuter. Nach Empfang des amtlichen Textes der deutschen Note berief Wilson Lansing, Baker, Daniels und Oberst House in das Weiße Haus zu einer Konferenz, die zwei Stunden dauerte.

Washington, 14. Okt. (W.B.) Reutermeldung. Der Staatssekretär hat heute nachmittags dem internationalen Geschäftsträger der Schweiz als dem Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekanntgegeben:

Staatsdepartement, den 14. Oktober.

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die unelastische Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstags berechtigte den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Okt. 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der

Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes

angelegentlich sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der Alliierten überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegsführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungeseligen und unmenschlichen Taktiken auszuüben, bei denen sie noch beharren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg unwilliger Herabsetzung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegsführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderung und Vertreibung fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht, mit Schrecken und empörenden Herzen hinblicken.

Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht (to the language and plain intent) einer der Friedensbedingungen lenken, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli dieses Jahres in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt:

„Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, die für sie gehen und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann oder, wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlicher Unermögen und Ohnmacht.“ (folgt Telegrammübersetzung). Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht (controlled) hat, ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine

Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volks selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem bestredigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unabweisend wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die kaiserlich königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn abgeben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.

Robert Lansing.

Wo ist da die Rede von einem Rechtsfrieden?

Die T.H. verbreitet folgende abgekürzte Fassung der Note, die uns gestern abend spät zugeht:

Amsterdam, 15. Okt. (T.H.) Nach einem Telegramm aus Washington hat Staatssekretär Lansing dem schweizerischen Geschäftsträger auf die deutsche Note eine Antwort erteilt, in der es heißt: Es muß klar verstanden werden, daß die Entscheidung über die Räumung des Gebietes und die Bedingungen des Waffenstillstandes Fragen sind, die der Entscheidung und den Vorschlägen der militärischen Ratgeber der Vereinigten Staaten und der mit ihnen verbündeten Mächte vorbehalten sind. Präsident Wilson erachtet es als seine Pflicht zu sagen, daß keinerlei Vorschläge durch die amerikanische Regierung angenommen werden können, welche nicht absolute und befriedigende Garantien und Sicherheiten bieten, daß die heutige militärische Überlegenheit der amerikanischen und alliierten Streitkräfte im Felde aufrecht erhalten bleibt. Weder die amerikanische Regierung, noch er selbst ist überzeugt, daß die alliierten Mächte keinen Waffenstillstand in Erwägung ziehen werden, solange die bewaffneten Streitkräfte Deutschlands ihre gegenwärtigen, unmenschlichen Handlungen fortsetzen. Die Schiffversenkungen und die rücksichtslosen Vernichtungen beim Rückzug in Flandern und Frankreich werden als ein direktes Vorgehen gegen die Bestimmungen der zivilisierten Kriegsführung angesehen. Wenn es zu einem Frieden kommen soll, muß es durch das Eingreifen des deutschen Volkes selbst geschehen. Es ist unermesslich, daß die Regierungen, die gegen Deutschland verbündet sind, ohne die Möglichkeit irgendeiner Täuschung wissen lassen müssen, mit wem sie es zu tun haben. Die Macht, die bis jetzt das Schicksal des deutschen Volkes bestimmt hat, ist eine von denen, deren Vernichtung oder Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht der Präsident in seiner Rede in Mount Vernon am 4. Juli im Auge hatte.

Abänderung des § 11 der Reichsverfassung.

Berlin, 15. Okt. (W.B.) Der Bundesrat stimmte heute vormittag einem Gesetzentwurf zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung zu. Absatz 2 des Artikels wird dahin abgeändert: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolge.“ Absatz 3 wird durch folgende Bestimmungen ersetzt: „Nach Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.“

Damit ist die volle Wirksamkeit der Volksvertretung bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

Verlegung der Reichstagsitzung.

Berlin, 15. Okt. (W.B.) Der Reichstagsrat des Reichstags beschloß in seiner heutigen Sitzung, die für morgen festgesetzte Sitzung des Reichstags ausfallen zu lassen. Die Abberaumung des Zeitpunktes der nächsten Sitzung wird dem Präsidenten überlassen.

Die Sozialdemokraten zum Brief des Reichskanzlers.

Berlin, 15. Okt. (W.B.) Wie wir hören, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage gegen das Verbleiben des Reichskanzlers Max von Baden im Amte nichts einzuwenden.

Eine wichtige Sitzung des bayerischen Landtags.

München, 15. Okt. (W.B.) Der bayerische Landtag wird morgen zu einer Sonder Sitzung zusammenzutreten, in welcher eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe beraten werden soll. Ministerpräsident v. Dandl wird zu der morgigen Eröffnungs Sitzung die Stellungnahme der bayerischen Regierung zur gegenwärtigen politischen Lage auszusprechen. Daran schließt sich eine allgemeine politische Aussprache.

Die Tagesberichte.

Der deutsche amtliche Bericht.

Großes Hauptquartier, 15. Okt. (W.B. Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind keine Angriffe auf breiter Front zwischen Ypern und der Lys wieder aufgenommen. Es gelang ihm, über unsere vordere Stellung hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf an der Linie Kortemark östlich von Roselare, das nach hartem Kampf in Feindeshand fiel, südwestlich von Ypern und nördlich von Menen zum Stehen. Menen und Weruff wurden gegen starke Angriffe behauptet. Uebergangsversuche des Feindes über die Lys bei Komen vereitelt. Bei erneuten Angriffen am Nachmittag gingen Handjame und Kortemark verloren. Starke mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Gits scheiterten. Zwischen Ypern und Menen konnte der Feind am Nachmittag nur noch wenig Boden gewinnen. Erfolgreiche Vorfeldkämpfe westlich von Lille und am Haute Deule-Kanal.

Am Selt-Abchnitt nördlich von Daind und St. Souplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz:

In ihrem Morgennebel brach der Feind östlich von St. Eustein über die Düse vor und schickte vorübergehend auf den Höhen südlich von Macquigny und nördlich von Origny Fuß. Umfönd angelegter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Düse wieder zurück. Heftige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Wonn, westlich der Höhe, und im Höhe-Bogen südwestlich von Grandpre.

Seeresgruppe Gallwitz.

Zwischen der Aise und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an. Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aise und beiderseits der von Charventry auf Vantbeville führenden Straße. Die teilweise bis zu viermal wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz:

Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Risch fanden keine Kämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 15. Okt. abends. (W.B. Amtlich) An der Kampf-front in Flandern setzte der Feind keine Angriffe fort. Er konnte einige Geländegewinne in beschränktem Umfang erringen. Westlich der Maas entschieden sich Teilkämpfe zu unseren Gunsten.

Der deutsche Admiralskabs-Bericht.

Berlin, 15. Okt. (W.B. Amtlich) Im Atlantischen Ozean haben unsere U-Boote 41 000 Bruttoregister-tonnen Handelschiffraum, darunter mehrere Tausend Dampfer und mit Kriegsmaterial beladene Dampfer, versenkt. Der Chef des Admiralskabs der Marine.

Der österreichische amtliche Bericht.

Wien, 15. Okt. (W.B.) Amtlich wird verlautbart: Italienischer Kriegsschauplatz: Die Geschicklichkeit war auch gestern ziemlich reg. Balkan-Kriegsschauplatz: Das von uns geräumte Durazzo ist von den Italienern besetzt worden. Die Bewegungen in Albanien und Serbien geben ohne nennenswerte Geschicklichkeit mit dem Gegner vor sich.

Der Krieg zur See.

Kopenhagen, 15. Oktober. (W.B.) Nach Mitteilung des norwegischen Außenministeriums wurde der norwegische Dampfer „Lugefield“ im Golf von Biscaya versenkt. Das Schicksal der Besatzung ist unbekannt.

Die Entente zum Waffenstillstand.

Rotterdam, 15. Okt. (W.B.) Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Man erhält aus den Morgenblättern den Eindruck, daß die öffentliche Meinung gegen die Bewilligung eines mit einfacher Räumung gepaarten Waffenstillstandes ist. Man ist der Überzeugung, daß es sich in seiner Hand hat, Deutschland zur Übergabe zu zwingen, und daß man ihm vor den Kopf stoßen würde, wenn man sich mit weniger begnügen würde. Die „Times“ schreibt: „Deutschlands Vorschlag, eine gemischte Kommission einzusetzen, sei keine Annahme der Forderung Wilsons. Soff habe in Ausdrücken geantwortet, die nicht aufrichtig seien. Die Deutschen wünschden Zeit zu gewinnen, um ihre Armeen wieder zu Atem kommen zu lassen.“ Die „Morning Post“ schreibt weiter: „Es sei eine Tatsache, daß die militärische Lage für die Deutschen sehr gefährlich sei und daß jeder Waffenstillstand diese Lage zu ihrem Vorteil ändern würde. Der Präsident habe keinen Waffenstillstand versprochen, auch nicht für den Fall, daß die Deutschen wieder auf ihrem eigenen Gebiet stehen. Er gebe ihnen nur den Rat, sich in ihr eigenes Land zurückzuziehen als Bedingung, die erfüllt werden müsse, ehe es möglich sei, einen Waffenstillstand zu schließen.“ — „Manchester Guardian“ schreibt: „Deutschland hat sich ergeben, das ist die unerschütterliche Bedeutung der deutschen Antwort. Der Friede mag vielleicht noch nicht unmittelbar bevorstehen, aber die allgemeine Grundlage dafür ist abgesteckt und angenommen. Für den Waffenstillstand würden die Alliierten, weil sie dem Feinde damit gestatten würden, sich aus der gefährlichen Lage zu befreien, eine Vergütung haben müssen. Die beste Garantie wäre eine zeitweilige Besetzung von Essen und die Räumung Elsas. Vorbringen, das dann vielleicht vorläufig von einem neutralen Lande besetzt werden könnte. Außerdem müßten die Transportschiffe und die anderen Schiffe vor Angriffen gesichert werden. Der U-Bootkrieg müsse für immer aufhören. Die Auslieferung der deutschen U-Bootflotte würde eine unmittelbare Garantie dafür sein.“

Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt der Parlamentskorrespondent der „Daily News“, er erfahre von maßgebender Seite, daß die alliierten Regierungen sich bei der Beantwortung der beiden Fragen, ob es möglich sei, den von Deutschland verlangten Waffenstillstand zu gewähren, und unter welchen Bedingungen er gewährt werden würde, an den Rat der militärischen Befehlshaber im Felde halten werden. Was die Bedingungen betreffe, so sei man der Ansicht, daß sie zunächst die Sicherheit der alliierten Armeen und ihrer zukünftigen Erfolge für den Fall der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verbürgen müßten. Die Bedingungen müßten so sein, daß die alliierten Truppen nicht in Gefahr geraten würden. Die Frage, ob die deutschen Truppen auch Elsas-Vorbringen räumen müßten, werde, wie man in ministeriellen Kreisen annehme, bei der Waffenstillstandsfrage ebenfalls vorgebracht und nach diesen Gesichtspunkten entschieden werden. Die englische Regierung betrachte den deutschen Vorschlag zur Errichtung einer gemischten Kommission als unerwünscht und unaussführbar. Inzwischen zögen die Alliierten weder die deutsche Antwort an Wilson noch die ursprüngliche deutsche Note an Wilson in Erwägung. Nach den Informationen des Parlamentskorrespondenten ist die Lage folgende: Die Fragen, die mit dem Waffenstillstand zusammenhängen und diejenigen, die mit der Friedenskonferenz zusammenhängen, sind von einander getrennt, und die Vermutungen, die über die mutmaßlichen Forderungen der Alliierten auf der Friedenskonferenz geäußert werden, müssen mit Vorsicht behandelt werden. Somit man sehen kann, haben die alliierten Regierungen in Europa dadurch, daß sie sich dem Präsidenten Wilson nicht mit einer formellen Erklärung über ihre Kriegsziele anschließen, den Lauf der Ereignisse abändern wollen, da sie ihre Erklärungen zu einer Zeit abzugeben wünschten, wo die Kriegsaussichten günstig wären. Die englische Regierung und das britische Reich würden nicht zögern, die Zukunft der deutschen Kolonien zum Gegenstand von Beratungen auf der Friedenskonferenz zu machen. Bezüglich des Grundgesetzes der freien Wahl der Völker halten sie unerschütterlich an ihren Auffassungen fest. Dasselbe gilt von der Wiederherstellung einer Vergütung für die Verluste der Handelsflotte durch den unbegrenzten U-Bootkrieg, sowie für die Schadenvergütung für die im Gebiete der Alliierten angerichteten Zerstörungen.

Rom, 15. Okt. (W.B.) Stefani veröffentlicht folgende Note: Damit die öffentliche Meinung nicht hinsichtlich der Bedeutung der Wirkungen der Antwort Deutschlands auf die Note Wilsons irreführt werde, ist es zweckmäßig, sich stets die Tatsachen zu vergegenwärtigen, deren Folge diese Antwort ist. In der Note vom 6. Oktober ersuchten die Mittelmächte Wilson, Friedensverhandlungen zu eröffnen, denen ein Waffenstillstand vorausgehen sollte. Dieses Ersuchen war an den Präsidenten persönlich und durch ihn an die Kriegführenden Ententemächte gerichtet. Wilson stellte dabei drei Vorkragen, von denen er jeglichen weiteren Schritt abhängig machte, sodas das Ersuchen um Waffenstillstand den verbündeten Regierungen nicht übermittelt wurde, denn es galt zuerst, diese Fragen zu lösen, die jeder Erweiterung vorangingen. So ist es klar, daß nur eins möglich ist, nämlich, daß Wilson in Übereinstimmung mit den alliierten Regierungen jetzt Bedingungen aufstellen müßte, denen die Feinde, wenn man zu verhandeln anfängt, zustimmen müßten. Es sei erforderlich, einen Hinterhalt zu verhängen und eine unumgängliche notwendige militärische Bürgschaft zu verlangen, damit der Waffenstillstand nicht ausschließlich den Feinden zum Vorteil gelte. Ferner müßte verhindert werden, daß die Feinde nicht den Waffenstillstand dazu benützen, ihre Heere aus der kritischen Lage zu befreien, in der sie sich befinden und die für sie immer schmerzlicher wird, sodas es ihnen ermöglicht würde, die Feindseligkeiten unter gün-

stigeren Bedingungen wieder aufzunehmen, nachdem sie ihr Kriegsmaterial zurückgezogen und ihre Truppen reorganisiert hätten.

Wien, 15. Okt. (Z.U.) An zuständiger Stelle wird erklärt: Aus den Meldungen Reuters, Haas und der Stefani-Agentur scheint hervorzugehen, daß die Entente jetzt schärfere Waffenstillstandsbedingungen herauszubringen beabsichtigt. Jedenfalls dürften darüber noch Auseinandersetzungen zwischen Wilson und der übrigen Entente stattfinden.

Rotterdam, 15. Okt. (Z.U.) Nach einem Londoner Telegramm vom Montag herrscht an der Londoner Börse andauernd eine optimistische Stimmung wie seit langem nicht. Die Munitionswerte sind seit Mittwoch um 35 bis 40 Prozent gestiegen.

Rotterdam, 15. Okt. (Z.U.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt in einem Leitartikel: Wenn die Friedenskonferenz zusammentritt, werden die Richtlinien des Friedensvertrages schon festgelegt sein. Unter diesen Umständen liegt nicht der geringste Grund vor, noch täglich Tausende hinschlachten zu lassen.

Eine Stimme von der Front.

Einem Privatbriefe aus dem Felde, der von dem Friedensangebot und den Verhältnissen an der Front handelt, entnimmt die „Wln. Ztg.“:

„Von gar manchem Unteroffizier und gewöhnlichem Soldaten habe ich hören können, wie bitter man diese Schmach empfindet. Kein Zweifel ist jetzt mehr möglich: Deutschland ist besetzt, denn es bettelt ja schon um Gnade, und obendrein gerade bei dem, der letztes Endes unser Hauptfeind ist. Und das Traurigste von der ganzen Sache ist, daß wir militärisch noch lange nicht besetzt sind. Das zeigt sich gerade jetzt in dem wunderbaren Rückzug deutlich, der in einer Ordnung, einer Ruhe vor sich geht, die gerade das Gegenteil von einem Besiegten aus hellste beweisen. Ich wünschte, gar mancher Bergende aus der Heimat könnte gerade jetzt hier draußen sein. Er würde da nicht nur die wunderbare militärische Kraft bewundern können, sondern, was weit wichtiger ist, er würde sehen können, wie furchterlich das französische Land zu leiden hat, und mit ihm seine Bewohner. Tag für Tag kann man jetzt das tragische Schauspiel der Evakuierung erleben. Ein Dorf nach dem andern muß von den Bewohnern geräumt werden. Mit nur einer ganz geringen Dabe und den notwendigen Lebensmitteln versehen, müssen die Armen ihre Heimat verlassen, ganz gleich, ob jung, ob alt, ob Mann, ob Weib, und sie müssen dies in der sicheren Kenntnis, daß vielleicht schon morgen ihr ganzes Dorf nur noch ein Trümmerhaufen ist. Das sollte die Heimat sehen und erleben, und wir alle hier sind uns darin einig, daß aller Haber und Pant

Seht ihr nicht Zeit zum Wählen, nicht Zeit für die Partei, Seht ihr es Zeit zu fühlen, daß eins das Gröhte sei: Das Land, aus dessen Schoße uns Leib und Geist erkand, Das heilige, das große, das deutsche Vaterland!

Einß von Widenbruch.

aufhören würde. Ein Beispiel sollten wir uns an diesen Franzosen nehmen, die keinen Augenblick verzagen. Weiß Gott, man muß sich schämen, ein Deutscher zu sein. Soweit sind wir gekommen.“

Nun zu etwas anderem: In diesen Tagen wird ja wieder eine neue Kriegsanleihe gezeichnet. Es ist da mein Wunsch, hinter anderen nicht zurückzubleiben, die sich mit Recht fragen, das es nie notwendiger als jetzt gegeben ist, dem Vaterland auch in finanzieller Hinsicht zu helfen. Wie Sie wissen, fehlt es uns aber an barem Gelde. Können Sie mir nicht durch Vermittelung einer dortigen Bank helfen? Ich bitte Sie, mir möglichst umgehend Bescheid zu geben. Es kommt ein ungefährer Betrag von 5000 Mark in Frage.

Hartnäckige deutsche Gegenwehr.

Berlin, 15. Okt. (W.B.) Die deutsche Frontverleugung zwischen der Oise und Aisne wurde planmäßig durchgeführt. Die deutschen Nachhut, von einzelnen am Feinde gelassenen Batterien und Geschützen unterstützt, hielten die nur vorsichtig und langsam nachdrängenden Franzosen in respektvoller Entfernung. In der Zwischenzeit wurde von den Deutschen die ungeheure Arbeit der Rückverlegung der Linien durchgeführt. Es handelt sich dabei nicht nur um die Abführung der gesamten Kriegsveräte und die Räumung großer Munitionsbestände und Verpflegungsmagazine, sondern um den Abbau zahlreicher Heeresbetriebe zur Instandsetzung von Geschützen, Maschinengewehren usw., mit allen Maschinen und Boräten an Ersatzteilen.

Die Räumung des Chemin des Dames.

Berlin, 15. Okt. (W.B.) Die schwierige Räumung des Chemin des Dames konnte ohne Störung vom Gegner planmäßig durchgeführt werden. Während vorn die Infanterie die Franzosen beschaltete, konnte nicht nur die gesamte Artillerie mit allen Munitionsvorräten zurückgeschickt, sondern gleichzeitig auch durch Pionierkommandos alle Unterstände, Höhlen und Stützpunkte gesprengt werden. Als alles zurückgeschickt war, begann auch die Infanterie sich unbemerkt vom Felde zu ziehen. Starke Kampfpatrullen deckten ihren Abmarsch. Erst viele Stunden nach der glücklich vollendeten deutschen Rückbewegung merkten die Franzosen, daß sie nur noch schwache Kräfte vor sich hatten und begannen nachzudrängen. — Hinter einer Meute von Hunden, die verborgene deutsche Maschinengewehre und Stützpunkte der Kampfpatrullen verhebeln sollten, ging die französische Infanterie vor. Allein die deutschen Kampfpatrullen ließen sich durch diese neue Kampfmethode nicht schrecken und hielten die französische Infanterie so energisch ab, daß erst nach zugehenden Kämpfen und unter schweren Verlusten die Franzosen das Gelände zu besetzen vermochten, das die deutsche Oberste Heeresleitung planmäßig ausgegeben hatte.

Der wachsende deutsche Widerstand.

Berlin, 15. Okt. (W.B.) Der englische Vertreterstatter Percival Phillips gibt am 11. Oktober nachstehende Schilderung des wachsenden deutschen Widerstandes: „Die englischen Streitkräfte treffen härteren und besser organisierten Widerstand an. Ihr Fortschritt verlangsamt sich in dem Maße, als sie sich dem neuen Schutzwall einer öffentlichen Verteidigungsnäherung nähern, die sich auf Klaffe stützt und deren feste Abhänge sich an die bedrohlichen Höhen anlehnen. Hartnäckige Gegenwehr ist jetzt anscheinend überall im Gange, und schweres Artilleriefeuer liegt auf dem größten Teil der Vormarschzone.“

Die Forderung nach Vergeltungsmaßnahmen.

Berlin, 15. Oktober (W.B.) Die Forderung nach Vergeltung nimmt seit etwa einer Woche in der französischen Presse einen breiten Raum ein. Es wird Vergeltung für alle Städte, Dörfer und Anstalten verlangt, die die Deutschen auf ihrem Rückzug zerstört haben sollen. Das Comité national d'Action pour la Reparation integrale des Domes causes par la Guerre hat einen Aufruf an die Alliierten und die französische Regierung erlassen, in dem nachdrücklich scharfe Vergeltungen gefordert werden. Das Comité national fordert die Regierungen, die an diesem neuen Kreuzzug teilnehmen, feierlich auf, ihren Entschluß festzulegen, und ins Gesetz einer Vergeltung zu veröffentlichen: „Stadt für Stadt, Dorf für Dorf, Kirche für Kirche, Schloß für Schloß, Eigentum für Eigentum.“

Churchill über die Tauchbootgefahr.

Bern, 15. Okt. Churchill mahnte in einer öffentlichen Ansprache zur größten Vorsicht gegenüber dem deutschen Friedensangebot, namentlich wegen der Tauchbootgefahr. Wenn die Deutschen in der Lage wären, während einer sich hinziehenden Periode von Verhandlungen die Stärke ihrer Tauchbootflotte zu steigern, dann könne der Endkampf, in dem die Verbündeten zu liegen begännen, ein ganz anderes Ende nehmen.

Kriegsgefangenen-Austausch.

Konstanz, 15. Okt. (W.B.) Am Donnerstag Morgen wird ein großer Trupp deutscher Kriegsgefangener hier eintreffen. Ferner werden am 19., 20., 21. Oktober und am 2., 7. und 9. November je 750 unterwundene deutsche Kriegsgefangene aus Frankreich hier eintreffen. Am 18. Oktober treffen 30 internierte Offiziere und 230 internierte Mannschaften aus der Schweiz ein.

Wer ist schuldig?

Von unserem Berliner Vertreter.

Es kann unmöglich irgendeiner politischen Reichsleitung zweifelnd sein, wenn während des Krieges, solange die Waffen noch nicht endgültig ruhen, die Schuldfrage erörtert wird. Es ist ein alter Erfahrungssatz, den die Weltgeschichte lehrt, daß man nach heftigen Kampf diejenigen rühmt und feiert, die das Volk in den Kampf geführt haben. Ebenso wahr ist es aber auch, daß, wenn das Kriegsglück sich gewandt hat, noch immer jemand gesucht worden ist, dem man hierfür die Verantwortung auflegte.

Nun hat am Sonntag, dem 13. Oktober der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns vom Reichstag gefordert, daß ein Staatsgerichtshof gewählt und eingesetzt werde, der alle Schuldigen feststellen und aburteilen soll, die frühere Friedensaktion zum Scheitern brachten und damit für den unglücklichen Kriegsausgang und für die Lasten und Opfer, die wir während und nach dem Kriege zu tragen haben, verantwortlich sind. Es wird weiter gefordert, daß diese Untersuchung vor keiner noch so hochstehenden Person Halt machen dürfe. — Damit ist der Stein nun offiziell ins Rollen gekommen.

Material genug haben die letzten Tage gebracht. Der Reichstagsabgeordnete Prof. Schütze-Gövernitz hat nämlich erklärt, daß Bethmann Hollweg im Januar 1917 in durchaus verbindlicher Form mit Herrn Wilson über den Frieden verhandelt hat. Es war fast alles fertig, um den Frieden zu schließen. Auch unsere Gegner wären mit dem Friedensschluß einverstanden gewesen. Da habe man von deutscher Seite im selben Augenblick an den Präsidenten Wilson die Note geschickt, die ihm den uneingeschränkten U-Bootkrieg verkündigte. Das deutsche Volk mußte von dieser heimlichen Politik über den Frieden nichts, ja in Deutschland habe man die Schuld an der Verlängerung des Krieges dem amerikanischen Präsidenten zugeschoben.

Aus der sozialdemokratischen Forderung, die in München erhoben worden ist, geht hervor, daß man auch in diesem Lager die Schuld für die Entschung des Krieges keineswegs irgendwelchen deutschen Persönlichkeiten zuschieben will. Es geht vielmehr ganz klar aus dem Text hervor, daß es sich darum handelt, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die trotz vorhandener Friedensmöglichkeiten die Fortsetzung des Krieges zu verantworten haben. Wir wollen nicht Richter über unsere eigenen Volksgenossen spielen. Wir wollen überhaupt sehr vorsichtig, sein in der Erörterung all der Pläne, die gegen die Kriegspolitiker geschmeibet werden. Aber wir können uns nicht verhehlen, daß im gegebenen Augenblick unbedingt eine Klarstellung erfolgen muß. Was die Geschichte anderer Völker gelehrt hat, das wird auch das deutsche Volk durchmachen müssen. Allerdings darf, wenn man schon einmal die Schuldfrage anschneldet, auch nicht vergessen werden, daß es oft in der Politik Verhältnisse gibt, die zur Durchführung gewisser Schritte zwingen, selbst wenn der Staatsmann, der sie mit seiner Verantwortung decken muß, sie für einen politischen Fehler hält. Es kommt vielleicht bald der Tag, an dem man wieder an diesen Gedanken anknüpfen kann.

Die Verteidigung der Heimat.

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt General v. Ardenne: Wenn kürzliche, von der gegnerischen Propaganda genährte Gerüchte wissen wollen, die deutsche Oberste Heeresleitung habe in nächsten Frühjahr nicht mehr für das Halten der Westfront einzustehen zu können, so muß dem auf das schärfste entgegengetreten werden. Maßgebende Stellen ermächtigen zu der Erklärung, daß die Verteidigung der heimatischen Erde auch im nächsten Jahre durchaus gesichert sein werde, auch wenn weitere Wechselfälle, wie der Abfall Bulgariens, eintreten sollten.

Die Vaterlandspartei an den Reichskanzler.

Die deutsche Vaterlandspartei richtete an den Reichskanzler ein Telegramm, worin es heißt: Für die große Aufgabe, dem deutschen Volke einen Frieden in Ehren zu erringen, stellt sich die Deutsche Vaterlandspartei hinter die Reichsregierung. Wir möchten aber diese ernste Stunde nicht vorübergehen lassen, ohne der festen Hoffnung Ausdruck gegeben zu haben, daß falls das Entgegenkommen der deutschen Regierung durch unsere Feinde keine Wändigung findet und Forderungen an uns gestellt werden, die Sicherheit und unerschütterten Bestand des Deutschen Reiches in Frage stellen, dann die deutsche Regierung in diesem Falle entschlossen und zurechnungsvoll das deutsche Volk zur nationalen Verteidigung aufzurufen. Das einige deutsche Volk wird dann eine Widerstandskraft entwickeln, an der der Angriff unserer Feinde scheitern wird.

Für Deutschlands Ehre!

Die Arbeitervereine eines Kohlenbergwerks richteten ein Telegramm an den Reichskanzler, in dem im Namen von 6000 Bergleuten gebeten wird, mit harter Hand die Ehre des deutschen Volkes zu wahren und bei den Friedensverhandlungen die Forderungen klar zum Ausdruck zu bringen, daß kein

Eine Scheidemann-Rede.

Am 14. Oktober. Gestern abend sprach Staatssekretär Scheidemann in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung über die Lage der deutschen Sozialdemokratie. Der kommende Winter wird uns schwere Opfer auferlegen. Wir müssen mutig gegen diese Gefahren, nicht vom deutschen Volke verurteilt, die notwendigen Forderungen zu ziehen. Für die heute als Opfer empfundenen werden wir reichlich entschädigt werden, wenn das Programm Wilsons als ein unteilbares Ziel der deutschen Sozialdemokratie festgehalten wird. In einem solchen Frieden wird das deutsche Volk seinen Frieden finden, und eine Generation wird in einem friedlichen, glücklichen Deutschland aufwachsen. Eine weitreichende Reform unserer Wirtschaftsverhältnisse, die die soziale Solidarität des Sozialismus...

Zur Amnestie.

Am 14. Okt. Zur Amnestie schreibt die Sozialdemokratische Partei: Die neue Volkregierung öffnet die Gefängnisse denen, die mit dem alten Regime in Verbindung standen und dabei ihre Freiheit verloren. Schon in den nächsten Tagen kehren Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und alle die andern in die Freiheit zurück.

Die lothringischen Erze.

Am 15. Okt. Der Pariser Vertreter des Observatoriums schreibt zum Thema der lothringischen Erze: Der Krieg für uns siegreich beendet, wie wir jetzt annehmen, dann wird Frankreich wieder Besitz von Elsaß-Lothringen gelangen und wird in diesem wieder der Eigentümer jener Gegend werden. Frankreich liefert zwei Drittel seiner Erzerzeugung. Die wachsende Ausbeute der Erden von dort wird die eben erst aufgeschlossenen Lager in der Nordsee ergießen. Deutschland wird nicht länger eine Rolle in der Hüttenindustrie sein, Frankreich dagegen wird die großen Erzerzeuger Europas werden. Allerdings seine Eisenerzeugung nicht in gleichem Maße wie es ihm an Kohle wie an elektrischer Energie fehlt. Für die Normandie wird England die Erze liefern müssen, und es wird dafür die Eisenerzeugung erhalten. So werden die beiden Länder durch den Eisenhandel gewinnen und Deutschland allein verlieren. Die Eisenindustrie wird sich also der Ruf nach der Rückgabe Elsaß-Lothringens nicht so sehr dem verletzten Rechtsgefühl als dem selbsttätigen Begehren nach materiellem Wohlstand, der hier nach den Erzvorräten Lothringens richtet.

Ungarische Ministerkrise.

Am 15. Okt. (W.B.) Nach Blättermeldungen ist die heutige Besprechung des Rücktrittsgesuchs des Ministers Bekerle begab sich am Nachmittag nach Wien, wo Karl das Rücktrittsgesuch des Kabinetts zu überlegen. Wie bekannt, wurde der frühere Präsident des Abgeordnetenhauses Rabah mit der Kabinettsbildung betraut.

Oesterreichs tschechische Truppen.

Am 14. Okt. (W.B.) Im Laufe der Debatte im Herrenrat der österreichischen Delegation stellte der Kriegsminister, daß er während seiner zmonatigen Felddienstzeit in tschechischen Truppen durchaus gute Erfahrungen gemacht habe. Die Tschechen hätten mit Begeisterung und ohne Zwang sowie aus voller Ueberzeugung gekämpft.

Wiederaufbau Polens.

Am 14. Okt. (W.B.) Das Wiener Teleg. Korrespondenz meldet amtlich: Die österreichisch-ungarische Monarchie ist bereit, die Militärverwaltung in Polen aufzugeben und die Verwaltung der polnischen Regierung zu übergeben, sobald diese zur Uebernahme bereit ist. Die österreichisch-ungarische Monarchie wird alles an der polnischen Regierung den Wiederaufbau der polnischen Organisation zu erleichtern und ihr auf Verlangen die Polen derzeit noch fehlenden Mittel und Einlagen zur Verfügung zu stellen. Hingegen erwartet die österreichisch-ungarische Monarchie, daß das Land ihr aus der Ueberflüssen an Lebensmitteln und Rohstoffen mit entsprechenden Kompensationen auszuhelfen. Die gegenwärtigen militärischen Aufbringungen würden gestellt und die staatliche Bewirtschaftung den zu bildenden polnischen Organisationen übergeben werden.

Am 14. Okt. (W.B.) Die von den linken Parteien für heute proklamierte Arbeitsruhe ist ein Erfolg. Ganz Warschau feiert. Die Zeitungen sind geschlossen. Die Geschäfte und Schulen sind geschlossen. Der Verkehr ruht. In der Stadt, welche hier und da noch Flaggenschmuck zeigt, herrscht ein feierliches Geistesleben, wenn um das Hervortreten der Linken zu parieren, mehrere Parteien der Rechten, darunter die Radikalen und christlichen Demokraten durch Aufmarsch, den 14. Oktober als nationalen Feiertag feierten. Die Flugblätter der radikalen Parteien stellen weitgehenden Forderungen auf.

Türkisches Friedensangebot.

Am 14. Okt. (W.B.) Holländische Blätter melden: Die Türkei hat durch Vermittlung des spanischen Schiedsrichters die Vereinigten Staaten um die Herbeiführung des Friedens gebeten. Die Worte sind bereit, die von den Vereinigten Staaten am 8. Januar gestellten Bedingungen anzunehmen. Die Türkei wird die Kriegführenden gebeten, Verhandlungen einzuleiten, und wird der Abschluß eines Waffenstillstandes angeregt.

Russland und die Ukraine.

Am 11. Oktober. Verspätet eingetroffen. „Moskwa“ meldet: Am 7. August ist ein Eisenbahnzug mit russischen Staatsangehörigen aus Petersburg abgegangen und am 20. September in Kiev angekommen. Die Passagiere unterwegs die schwersten Qualereien erlitten. In Moskau wurde der Zug eine Reihe von Tagen zurückgehalten. Auf der Station Krasnodar wurden die Passagiere in einem Lager unterzogen, die um 3 Uhr nachts bis 7 Uhr abends des folgenden Tages dauerte. Eine Untersuchung und Maroden bestehende Untersuchungskommission nahm den unglücklichen Passagieren alles ab, was irgend

einen Wert hatte oder ihnen gestiel, angefangen von Toilettengegenständen bis zu Pelzen und Schmuckstücken. Mehrere Stunden befanden sich die Reisenden unter der Trostung, erschossen zu werden. Die Leiter des Zuges und zehn Reisende wurden verhaftet. In Bismar wurde der Zug wieder angehalten und die wehrlosen Reisenden von neuem geplündert und verhaftet. Drei weitere Passagiere wurden verhaftet und nach Moskau gebracht.

Frankreich rückt von Finnland ab.

Genf, 15. Okt. (W.B.) Die Agence Havas veröffentlicht eine Note, in der ausgeführt wird, daß Frankreich infolge der Ereignisse in Finnland, besonders wegen der Wahl des Prinzen von Hessen zum König von Finnland, die seinerzeit ausgesprochene Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands zurückziehe und die diplomatischen Beziehungen mit ihm abbrechen. Die französische Regierung lasse in Helsinki nur einen Agenten mit konsularischer Vollmacht zur Wahrnehmung der französischen Interessen und zum Schutze der französischen Landsleute.

Belagerungszustand in Portugal.

Vasel, 15. Okt. Nach einem Havasbericht aus Lissabon ist über ganz Portugal der Belagerungszustand verhängt worden. In Portugal herrschte vollständige Ruhe. Eine kleine militärische Abteilung in Penafiel (bei Porto), die gemeint hatte, würde rasch wieder zum Gehorsam gebracht. (Zwischen der Verhängung des Belagerungszustandes und der Feststellung der „vollständigen Ruhe“ besteht einiger Widerspruch. D. Red.)

Kleine Mitteilungen.

Frankfurt, 15. Okt. Wie die „Frankf. Zig.“ hört, wird in nächster Zeit auch der Chef des Marinekabinetts Admiral v. Müller von seinem Posten scheiden.

Berlin, 15. Okt. Nach der „D. Z. a. M.“ ist Herr v. Batocki, der dieses Amt schon vor Herrn v. Waldow inne hatte, als Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes in Aussicht genommen.

Bern, 15. Okt. Wegen Kohlemangels mußten mehrere Munitionsfabriken in verschiedenen Teilen Englands geschlossen werden.

Stockholm, 14. Okt. „Aftonbladet“ schreibt: Die Heimberufung des Generals Mannerheim sei ein Anzeichen dafür, daß sich Finnland den skandinavischen Ländern nähert. Das Blatt beglückwünscht Finnland zu dieser Neuorientierung.

Ein Lügner, der sagt, die Krieganleihe sei keine sichere Anlage.
Ein Narr, der dem Lügner glaubt.

Lokales und Provinzielles.

Auch an den Krieg hatten wir uns gewöhnt und dabei seinen Ernst vielfach unterschätzt. Im inneren Meinungsstreit vergeudeten wir Kräfte, während die Kriegslage Geschlossenheit forderte. Politische Umwandlung bringt uns neue Gebote. Gewaltigen Anprall haben unsere Truppen in Feindesland zu wehren, während unsere Postregierung durch einen neuen Schritt zum Frieden dem Völkerringen ein Ende setzen will. Führt die Friedensrat zum Erfolg oder muß die Menschheit sich weiter zerfleischen, verflucht feindlicher Boden weiter der Verwüstung? — Klar muß der Feind dieses Geschick vor Augen sehen, nur dann wird die Vernichtungsabsicht besserer Einsicht weichen, nur dann wird der Feind sich zum Rechtsfrieden verstehen, den auch wir erstreben. Diese Erkenntnis wird uns schneller kommen, je fester unsere Front sich erweist. Unterschätzen wir nicht die Machtmittel des Gegners. Sehen wir ihm unsere starke Willenskraft entgegen. Dazu ist nötig Zurückstellung aller Trennungen, Verbannung aller Mißmut, Aufrichtung der Reimutigen. Unsere Heimatsgrüße an unsere Angehörigen im Felde müssen Kraft, Zuversicht und unerschütterliche Entschlossenheit atmen. Nur so dienen wir der deutschen Sache und nur so helfen wir zur Erlangung des Rechtsfriedens.

Das Feuer signal durchgesteilt gestern abend gegen 7 1/2 Uhr unsere Hüllen Strafen. Es brannte im Dachstuhl des Schornsteins Hauses neben der evangelischen Kirche. Glücklicher Weise war das Feuer schon bewältigt, ehe der Hornist seine Runde beendet hatte. Und doch weih nachhaltiger Schreck! Unwillkürlich mußte Schreiber dieser Zeilen denken an die Kampffront, wo täglich und stündlich Dörfer und Städte im Artilleriefeuer aufstammen. — Verteilte Gott unserer Front Kraft, die Feinde von der Heimat abzuwehren! Heimat, stärke mit Wort und Tat die Front, die dich schützt und schämt!

Weihnachtspaketverkehr nach dem Felde. Um die über die Militärpostämter zu leistenden Weihnachtspakete für die Truppen im Felde möglichst bis zum Feste ihren Empfängern zuführen zu können, müssen sie bis 2. Dezember d. J. ausgeliefert sein. In der Zeit vom 3. bis 25. Dezember d. J. werden Pakete für das Feld zur Beförderung nicht angenommen. Wegen der schwierigen Beförderungsverhältnisse nach den entfernteren gelegenen Gebieten wird jedoch die Auslieferung von Paketen dahin bis zu den nachstehend angegebenen Tagen empfohlen: nach der Türkei und dem Kaukasus bis 20. Oktober d. J., nach Rumänien und Italien bis 10. November d. J., nach Finnland bis 20. November d. J. Für Frachtpakete werden dieselben Ausgabetermine empfohlen, doch tritt für sie die Annahmeperrre ab 3. Dezember nicht ein. Der Paketverkehr wird durch vorstehende Anordnungen nicht berührt.

Ueber die Verlängerung der fleischlosen Wochen. Die Zeitung des deutschen Fleischerverbandes

unterzieht die Veränderung der fleischlosen Wochen einer eingehenden Besprechung. Sie kommt zu dem Schluß, daß die Ersparnis von ungefähr 300 000 Rindern in jedem Winterjahr, die durch die Einführung der fleischlosen Wochen erreicht wird, nicht viel zu besagen habe, und geht sogar so weit, zu behaupten, daß es im Hinblick auf die in Aussicht stehende knappe Winterfütterung im Interesse der Fleischherzeugung vorteilhafter wäre, durch starke Abschlächtungen unsere Rinderbestände jetzt zu lichten und dann mit dem für jedes bleibende Tier in größeren Mengen vorhandenen Futter höhere Leistungen zu erzielen. — Das Organ des deutschen Fleischerverbandes verkennt bei diesen Vorschlägen vollkommen die Tatsache, daß unsere Rindviehzucht durch die Kriegsmassnahmen schon so schwer gelitten hat, daß sie ihre die Volkernährung betreffenden Aufgaben kaum noch erfüllen kann. Es berücksichtigt weiterhin nicht, daß wir auch jetzt immer noch mit einem fortwährenden Rückgang in unserer Viehhaltung zu rechnen haben, der vor allem auf die niedrigen Schlachtviehpreise und das bestehende Mißverhältnis zwischen dem Preis des Buchts- und Milchviehs auf der einen Seite und des Schlachtviehs auf der anderen Seite zurückzuführen ist. Wenn wir diesem Rückgang, der jährlich in Preußen etwa ein Siebentel unseres gesamten Rindviehbestandes, in der Jungviehklasse sogar ein Drittel beträgt, nicht zeitig steuern, so werden wir in absehbarer Zeit dahin kommen, daß nicht nur die Milch- und Jungviehbestände völlig dezimiert werden, sondern daß auch die Aufrechterhaltung unserer wertvollen Zuchtviehbestände bei einer in demselben Maße wie früher fortgesetzten Abschächtung in Frage gestellt werden muß. Dann wird unsere gesamte Rinderzucht und -haltung einem auf Jahre hinaus nicht wieder gutzumachenden Tiefstand entgegenstehen, der auch durch seine indirekte Einwirkung auf die Erzeugung pflanzlicher Produkte die ungünstigsten Folgen für unsere gesamte Ernährungswirtschaft nach sich ziehen muß. Wenn wir also jetzt durch die Einführung der fleischlosen Wochen nicht beizeiten diesem starken Rückgang unserer Viehhaltung steuern, so werden wir später zum mindesten mit fleischfreien Monaten rechnen müssen, um uns unsere nötige Nahrungsquelle, unseren Viehbestand, in der unbedingt erforderlichen Ausdehnung zu erhalten. — Wenn schon im Hinblick auf unseren Bedarf an Fleisch der Vorschlag des Organs des deutschen Fleischerverbandes, die Viehbestände durch starke Abschlächtungen zu verkleinern, wenig weitblickend erscheint, so muß er hinsichtlich der Milch- und Butterversorgung von jedem sachlich Denkenden vollkommen verworfen werden. Die heute schon bestehende Milchknappheit würde durch stärkere Abschlächtungen im Sinne der Fleischherzeugung derartig verschärft werden, daß weder für Kinder, noch für Kranke eine auch nur einigermaßen ausreichende Milchmenge zur Verfügung stände. Die Futterversorgung, die bei dem Mangel an Schmelzen zum großen Teil auf dem Butterfett beruht, würde vollkommen in Frage gestellt. — Im Gegensatz dazu bringt uns die Einführung der fleischfreien Wochen durch die Erhaltung von jährlich ungefähr 1 200 000 Rindern, darunter 600 000 Kühen, bei einem Milchtrag von nur 5 Liter je Kuh, eine tägliche Mehrerzeugung von 3 Mill. Liter Milch oder 100 000 Kilo Butter. — Ueber die Vorteile einer derartig hohen Mehrproduktion in der an Milch und Fett so äußerst knappen Zeit sind weitere Ausführungen überflüssig.

Die Aufhebung der Schnellzugzuschläge hatte der Verband rechnender Kaufleute Deutschlands erneut beim preussischen Eisenbahnminister angeregt. Der Minister hat darauf geantwortet, daß zur Aufhebung der Ergänzungsgebühren bei Schnellzugbenutzung leider noch nicht übergegangen werden könne, weil die Betriebsbeschwerden, die seinerzeit zu ihrer Einführung Veranlassung gaben, noch nicht beseitigt seien. Die Angelegenheit werde indessen dauernd im Auge behalten und die Maßregel, deren Härte von der Eisenbahnverwaltung nicht verkannt wird, werde aufgehoben werden, sobald es die Verhältnisse zulassen.

Laubheufammlung.

Der Kreisjammelausschuß teilt uns mit: Nach einer Benachrichtigung des Kriegswirtschaftsamtes in Frankfurt hat dieses folgendes Schreiben des Chefs des Kriegsamtes, des jetzigen Kriegsamts, Generalis Schuch, erhalten: Berlin, 30. September 1918. An die bei der Laubheufammlung beteiligten Lehrer und Schüler. Vom Generalintendanten des Heeres ist folgende Drahtung bei mir eingegangen: „Sammelleiter der Lehrer und Schüler hat sehr erfreuliches Ergebnis erzielt und Heeres in Zeiten größter Notunterstützt. Jede weitere Laubheufammlung ist zu begrüßen. Allen an Sammlung Beteiligten, insbesondere Lehrern und Schülern, gebührender Anerkennung, wärmster Dank. Generalintendant.“

Ich freue mich, diese Anerkennung weitergeben zu können. Es bleibt für alle Zeiten das Verdienst der deutschen Lehrer und der ihnen anvertrauten Jugend, in erster Zeit durch aufopfernde Tätigkeit eine drohende Gefahr von unserm Heerde abgewendet zu haben. Durch Erhaltung des Heerdebestandes ist die Versorgung der Front mit Munition und Verpflegung sichergestellt worden. Die Leistungen auch der jüngsten Schüler und Schülerinnen reihen sich würdig den Leistungen der Jungmänner in der Landwirtschaft an. Deutschland darf stolz sein auf seine Jugend und auf die Aufopferung ihrer Lehrer. G. Schuch.

Im Anschluß an dieses Schreiben, das allen Beteiligten im Hinblick ein schöner Lohn ihrer Tätigkeit und ein Ansporn zu weiterer unermüdbarer Tätigkeit im Dienste des Vaterlandes sein wird, sei erwähnt, daß das Laubheufammelergbnis der Schulen unseres Kreises rund zweieinhalbtausend Zentner Trockenlaub beträgt.

Manderbach, 15. Okt. Sergeant Emil Marburger in einem Eisenbahn-Regiment ist zum Bizefeldwebel befördert worden.

Ueermisches.

Ein trauriger Unfall ereignete sich in Stettin. Die 13jährige Tochter des Tagelöhners Rodday wurde beim Kartoffelbuddeln von ihrem neunzehnjährigen Bruder aus Versehen so unglücklich mit der Kartoffelgabel an den Kopf getroffen, daß sie nach einigen Tagen, da der Wunde selber nicht die genügende Beachtung zugewandt worden war, ins Poliklinik Krankenhaus übergeführt werden mußte. Dort ist das bedauerndwerte Mädchen gestorben.

OSRAM AZO
Gasgefüllte Lampen bis 2000 Watt
Auergesellschaft
Berlin 17

Letzte Nachrichten.

Die verzögerte Verständigung.
 Berlin, 16. Okt. (Z.N.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zur Antwort des Präsidenten Wilson: Die Verantwortung der amerikanischen Note erfordert nachdrücklich eingehende Beratungen. Wie bisher, so wird sich die deutsche Regierung auch jetzt von dem Geiste der Versöhnlichkeit und dem Wunsche nach Beendigung des Blutvergießens leiten lassen und so ihren Entschluß unter Wahrung der Interessen des deutschen Volkes lassen. — „Sozialanzeiger“: Durch des großen Friedensapostels Schuld allein werden jetzt noch tausende von Menschenleben geopfert. Wer das Wort sprechen kann, das der Welt den Frieden bringt, und es nicht tut, obwohl alle Voraussetzungen, die er selbst für die Beendigung des Krieges aufgestellt hat, erfüllt sind, ist zum mindesten ebenso schuldig, wie der, der einen Krieg entfesselt.

„Deutsche Zeitung“: Wer wagt einen solchen Frieden zu schließen? Wer hat heute den Mut, das Volk zum Neuherten aufzurufen, lieber mit Ehren unterzugehen, als mit Schanden zu bestehen?
 „Berliner Tageblatt“: Durch die neue Note Wilsons hat sich der Friedensgedanke nach rückwärts bewegt. Der Geist, der aus der Note spricht, ist schlimmer als die Forderungen, die darin verzeichnet stehen. Wilson ist der Prophet von Recht, Versöhnung und Völkerglück und der Geist dieser Note ist der Geist des Machtwillens und der Gewalt.

„Vorwärts“: Die zum Teil überaus weitgehenden Forderungen der anscheinend inspirierten englischen und französischen Presse machen es dringend nötig, den Bogen nicht zu überspannen. Das deutsche Volk ist heute friedensgeneigt wie noch nie. Es arbeitet an seiner demokratischen Erneuerung und ist bereit, einem durch den Völkerverbund gesicherten Frieden Opfer zu bringen. Ein Rückschlag in der Stimmung ist nicht unmöglich, wenn sich der Eindruck verfestigt, daß man auf der anderen Seite nicht geneigt ist, dem Volke den letzten Verzweiflungskampf zu ersparen. Eine holländische Stimme zur neuen Antwort Wilsons.

Haag, 16. Oktober. Der Haager „Nieuwe Courant“ bringt einen Kommentar zu der neuen Antwort Wilsons an Deutschland, worin u. a. ausgeführt wird: „Auffallend in der Note ist die Tatsache, daß Wilson von der in der deutschen Note erwähnten Ernennung einer gemischten Kommission, die das System der deutschen Räumung festzustellen hat, nichts hören will. Diese Weigerung Wilsons ist der schwierigste Punkt der ganzen Note.“ — Auf der Amsterdamer Börse rief Wilsons Note eine große Enttäuschung hervor.

Reichstagsersatzwahl Berlin I.
 Berlin, 16. Okt. Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Berlin I. erhielt nach dem vorläufigen Ergebnis der Kandidat der fortschrittlichen Volkspartei Kempner 224 Stimmen, der sozialdemokratische Kandidat Heimann 172 Stimmen, der unabhängige Sozialdemokrat Müller 513 Stimmen, der konservativ-antisemitische Kandidat Bellert 180 Stimmen. Es findet also Stichwahl statt zwischen Kempner und Heimann. 49 Stimmen waren gesplittet.

Die Nationalliberalen und das preußische Wahlrecht.
 Berlin, 16. Okt. Jetzt endlich hat auch die national-liberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses sich einstimmig für die Wahlrechtsvorlage in der Fassung ausgesprochen, in der sie aus dem Herrenhaus hervorgeht.

Der Streik der Tschechen ruhig verlaufen.
 Prag, 16. Oktober. Der ein tägliche Streik der tschechischen Arbeiterschaft in Prag und Böhmen ist entgegen allen Befürchtungen ruhig verlaufen. Militär und Polizei hatten keinen Anlaß zum Einschreiten. Die Proklamierung der tschechischen Republik ist tatsächlich erfolgt.

Rücktritt des Grafen Burian?
 Wien, 16. Oktober. Graf Burian wird heute nachmittag im ungarischen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten den Delegationen ein kurzes Eröffner erlassen und dann vermutlich seine Demission einreichen.

Verantwortl. Schriftleiter: E. Weidenbach - Dillenburg.

Ämtliche Bekanntmachungen.
Nachtragsbekanntmachung

zu der Bekanntmachung vom 21. September 1918 Nr. 5. M. 580/9. 18. R. N. A. betreffend Bestandserhebung, Beschlagnahme und Höchstpreise von Weiden, Weidenböden, Weidenstößen, Weidenrinde, Weidenstäben, Weidenstößen, Weidensträuch, Weidenabfall, Koppweiden und Naturrohr (Ganzrohr, Strohrohr usw.).

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (G. S. S. 451 ff.) in Verbindung mit der Bekanntmachung über die Sicherstellung des Kriegsbedarfes vom 24. Juni 1915 in der Fassung vom 26. April 1917 (R. G. Bl. 1917 S. 375) wird der § 4 obiger Bekanntmachung für den Bereich des 18. R. N. und des Gouvernements Mainz, wie folgt, ergänzt:

5. Die Bewässerungserlaubnis wird erteilt auf Grund einer Bedarfsmeldung. Die Bedarfsmeldung ist bei der Kriegsamstelle Frankfurt a. M., Abteilung IX, Mainzer Landstraße 15, einzureichen und soll angeben, welche Mengen und welche Klassen von Weiden benötigt werden und zu welchem Zweck. Die Anforderungen sind durch Beilage der Anträge anzugeben zu bezeichnen.
 Amtlicher Verkauf für den gesamten Bereich des stellvertretenden Generalkommandos des 18. R. N. und des Gouvernements Mainz ist Joh. Hofmann in Hamm (Rheinlaffen).

Frankfurt a. M./Mainz, den 15. Oktober 1918.
 Der stellv. Kommandierende General:
 Riedel, General der Infanterie.
 Der Gouverneur der Festung Mainz:
 Bausch, Generalleutnant.

Betrifft: Petroleum.
 Das durch meine Bekanntmachung vom 30. September d. J. (Kreisblatt Nr. 233) den Gemeinden durch den Kaufmann Karl Trumppfeller in Dillenburg überwiesene Petroleum kann an den folgenden Tagen abgeholt werden:
 *Gemeinde Bergebersbach, Müldrecht, Fellerdilln, Flammersbach am Donnerstag, dem 17. d. Mts.
 Gemeinde Haigerfessbach, Hirzshain, Niederroßbach, Oberroßbach am Freitag, dem 18. d. Mts.
 Gemeinde Dilln, Rodenbach, Steinbach, Weibelbach am Samstag, dem 19. d. Mts.
 Dillenburg, den 14. Oktober 1918.
 Der Königl. Landrat: v. Sybel.

Ausfuhr von Kartoffeln durch Erzeuger, welche auswärts wohnen.

Die Anträge auswärts wohnender Personen auf Ausfuhr von Kartoffeln, die auf eignen Grundstücken im Distrikte gezogen sind, nehmen in diesem Jahre einen besorglichen Umfang an, daß hierdurch die Ausfuhrung der dem Kreise aufgelegten Pflanzlieferung ernstlich gefährdet wird. Es befehrt außerdem der Verordn., daß in sehr vielen Fällen eine Schiebung vorliegt, um als Besitzer eines eigenen Kartoffelgrundstückes zu gelten. Der Kreisverwaltungsverband muß aus diesen Gründen die Genehmigung der bisher noch nicht genehmigten oder neu eingehenden Anträge aussetzen. Ob sie später genehmigt werden können, hängt von der endgültigen Festsetzung der Lieferungsbedingung des Kreises ab.

Die Herren Bürgermeister wollen die in Frage kommenden Geschäfte auf diese Bekanntmachung aufmerksam machen. Weitere Zuschriften an das Landratsamt auf Genehmigung sind vorläufig zwecklos.

Dillenburg, den 15. Oktober 1918.
 Der Königl. Landrat: v. Sybel.

Höchstpreise für Vollmilch.
 In Abänderung der Bekanntmachung vom 21. September ds. J. — Kreisblatt Nr. 233 — werden auf Vorschlag der Preisprüfungsstelle die Höchstpreise für Vollmilch wie folgt abgeändert:
 beim Verkauf vom Erzeuger ab Stall an Wiederverkäufer 40 Pfg. das Liter,
 beim Verkauf an Verbraucher 50 Pfg. das Liter.
 Dillenburg, den 15. Oktober 1918.
 Der Kreisbauhof: v. Sybel.

Weblar-Braunteller-Konsum-Berein.
Bestellungen für Weißkraut
 zur sofortigen Lieferung, à Str. M. 8.— werden entgegengenommen. (3774)

Obstbäume
 Kern-, Stein- u. Beerenobst in allen Formen und erstklassiger Ware.
 Koniferen und Alleeobst sowie alle Baumschulartikel.
E. Lohse Baumschulen und Gartenbaubetrieb
 Kirchen a. d. Sieg.
 — Neueste Preisliste kostenfrei. —

Betriebsleiter
 für ein im Betriebe befindliches bedeutendes Manganerzbergwerk gesucht. Reflektiert wird nur auf eine speziell im Manganerzbergbau bewanderte erste Kraft. Ausführliche Zuschriften werden unter D. 3765 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Eine Partie Violinnoten u. 2 wertvolle Säbel
 zu verkaufen. Friedrichstr. 2.

An belieb. Ort m. elektr. Licht direkt od. durch Vermittl. suche p. bald zu pachten ev. m. Vorkaufrecht.
kleines Haus
 od. Hofraithe mit Garten auch etw. Acker u. Wiese. Ger. neue Angeb. erbeten an
Rupp, Wingen Es.

Geeigneter Raum
 zum Unterstellen von Möbel für sofort gesucht.
Frau E. Peters.
 Bahnhofstraße 20.

Lager-Arbeiter
 für meinen kriegswichtigen Geschäftsbetrieb gesucht.
Carl Haardt, Dillenburg.

Tüchtiges
Mädchen
 für die Lazarettküche zum 1. Nov. gesucht.
G. Neuhoff.

Stundenfrau oder Stundenmädchen
 gesucht.
 Zu erfragen bei
L. Pfeiffer, Depositenkasse
 Hindenburgstraße 27.

Verloren großer Saarkamm
 auf der Hauptstraße zwischen Marktstraße und Wilhelmsplatz. Abzugeben in der Geschäftsstelle des Blattes.

Schlachtpferde
 sowie Rosschlachtungen hault
Hugo Fehler,
 Pferdewerger, Wiesbaden.
 Telefon 2612.
 Ich habe den Erlaubnischein.

67 Ruten Wiese
 auf der Diebbölze zu verkaufen. (768)
 Näheres Hauptstraße 116.

Sauepumpen, Rübenschnيدر
 empfiehlt **Wilh. Wagner,**
 3309 **Oberrheld.**

Nürnbergser Vose M. 3.—
Rote 4.—
Leberlingen 3.—
 Jede Rüte u. Porto 45 Pfg.
Gebr. Heinrich, Weblar.

Wal- u. Haselnüsse
 zu kaufen gesucht.
Wilhelm Ag.

Walchmaschinen
 gut und preiswert stets am Lager.
Th. Ferber, Siegen,
 Kölner-Straße 6,
 Telefon Nr. 1264.

Neueres Mädchen
 in Haushalt und Nähen erfahren sucht Stellung als einfache Stütze.
 Angeb. unt. **M. 3743** an die Geschäftsstelle.
Kirchliche Nachricht.
 Donnerstag Abend 8 1/2 Uhr
 Kriegsanstand
 in der Kleinkinderschule
 Pfr. Conrad.

Für Rechnung der Nass. Landesbank
 werden von mir täglich Zeichnungen zur
9. Kriegsanleihe von 5 Mark
 kostenlos entgegen genommen.
 Dillenburg im September 1918.
Wissenbach, Rechnungsstelle

Statt Karten!
Maria Ruth
Fritz Weib
 Verlobte.
 Sieben
 Oktober 1918.
 Saiger

Dörre was, so hast Du was!
Dörr-Apparate
 für Obst und Gemüse
 mit 4 Surden **M. 16.50**
 Original Seisenheimer Dörr-Apparat in allen Größen auch mit Heizofen, empfiehlt
Th. Ferber, Siegen
 Kölner-Straße 6, Telefon Nr. 1264.

Am Dienstag Morgen um 7 Uhr entschließte sich nach kurzer schwerer Krankheit unser beliebtes Söhnchen
Willi
 im garten Alter von 6 Jahren.
 In tiefem Schmerz
Heinrich Sisk u. St. im Felde,
 nebst Frau und Kinder,
Familie Gustav Sisk,
Familie Adolf Brandenburger.
 Dillenburg, Ballersbach und Breitscheid,
 den 16. Oktober 1918.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, 17. Okt. nachmittags 3 Uhr in Ballersbach statt.

Dankjagung.
 Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme während der Krankheit und dem Heimgang meiner innigstgeliebten Tochter, unserer derzergutigen Schwester, Schwägerin u. Tante, der
Diakonisse Anna Wolf
 sagen wir auf diesem Wege der Einwohnerschaft von Saiger unsern tiefgefühltesten Dank. Ganz besonders danken wir Herrn Pfarrer Heitfeld für seine tröstenden Abschiedsworte und Herrn Karl Eduard Weber für seine Bemühungen bei Ueberführung unserer teuren Entschlafenen und seine die Heimgangene ehrenden Worte am Grabe.
Steinbach-Hallenberg, Somburg, 20. Okt. 1918.
Witwe Mathilde Wolf geb. Säger,
Lehrer Blum und Familie,
Seminarlehrer Knacker u. Familie.